

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Haushalt und Finanzen stehen in dem Ruf eher unspannend zu sein, aber so spannend, wie nach der Ablehnung des Haushaltssicherungskonzepts (HaSiKo) in der Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2023 hatten wir es wohl selten.

Da gingen also Die Grünen von der Fahne, verärgert über die Paddelteichentscheidung. Sie lehnten das Haushaltssicherungskonzept ab und kündigten die Ablehnung des Haushalts im Volumen von 130 Millionen Euro an.

Als Ablehnungsgründe wurden genannt, dass die Gewerbesteuer nicht mehr um 5 Punkte angehoben werden sollte und damit Gewerbetreibende keinen Beitrag in der Konsolidierung leisten würden.

Völlig ungewisse und daher nur grob geschätzte € 120.000 „nicht erobene“ Gewerbesteuer wurden erhöhten Kinderbetreuungsgebühren von insgesamt € 110.000 und damit der Belastung der Eltern gegenübergestellt.

Außerdem empfand man es als Zumutung, dass ein Familienzentrum € 10.000 an Sach- und Dienstleistungen einsparen soll, während ein anderes Familienzentrum im Haushalt € 25.000 erhalten solle.

Es gibt sicherlich eine ganze Reihe von Gründen, den Haushalt abzulehnen. Wir tun uns mit diesem Haushalt auch schwer.

Aber wer behauptet, die Gewerbetreibenden würden hier keinen genügenden Beitrag leisten, erkennt nicht an, dass diese Gewerbetreibenden Arbeitsplätze schaffen, Existenzen sichern, mit ihren über 20 Millionen Gewerbesteueraufkommen alles mögliche finanzieren und Langen mit 380 Punkten bereits in der Spitzengruppe im Kreis Offenbach und den angrenzenden Kommunen spielt.

Ein höheres Gewerbesteueraufkommen muss ein Ziel sein. Das erkauft man sich aber nicht mit einem höheren Gewerbesteuersatz, sondern mit mehr Gewerbe.

Ja, ein Gewerbetreibender wird wegen 5 Punkten nicht die Koffer packen, aber die Ansiedelung neuer Gewerbetreibender wird schwieriger und schwieriger. Gerade für kleinere und mittlere Betriebe, die häufig schneller als größere Investoren Steuern zahlen, sind auch 5 Punkte bei der Standortsuche ein Nachteil.

Die Begründung der Grünen ist umso befremdlicher, als die desolate Haushaltssituation vorwiegend im Verantwortungsbereich des 1. Stadtrats liegt und damit unter grüner Führung steht.

Alleine der Fachbereich 2 wird gemäß dem Haushaltssatz 2024 einen Verlust von Euro 34 Mio erleiden und ist damit für das Defizit von Euro 9,8 Mio wesentlich ursächlich.

Ein Gegensteuern, ein Strategiewechsel, nachhaltige Einsparbemühungen sind in der Arbeit des Dezernenten Löbig seit Jahren nicht zu erkennen. Das einzige Dynamische sind die Kostensteigerungen.

So wird laut Prognose bis 2027 der Verlust dieses Fachbereiches auf ungefähr 41 Mio pro Jahr anwachsen.

Nur zu Einordnung der Dimension: Allein um die Erhöhung dieses Verlustes durch Grundsteuer zu decken, müsste diese um 50% auf über 1.200 Punkte erhöht werden.

Selbstverständlich ist es eine missliche Situation, wenn in Berlin immer neue Wohltaten ersonnen und übers Volk ergossen werden, ohne dass sie durchfinanziert sind.

Aber glauben Sie wirklich, dass es bei einem solchen Volumen kein Sparpotential gibt, in dem man bestimmte Bereiche betriebswirtschaftlich anders strukturiert? Wenn man sich auf das Territorium der z.B. der Essensversorgung begibt, dann muss die auch betriebswirtschaftlich ausgerichtet sein. Darauf haben auch die Eltern einen Anspruch, weil auch sie nämlich nur so Kosten sparen könnten.

Sparpotentiale werden nicht genutzt, stattdessen darüber lamentiert, dass Eltern mehr bezahlen müssten.

Die Haushaltswünsche der Langener Grünen waren von vorneherein nicht gegen finanziert. Die Gegenfinanzierung sollte laut Antragsbegründung vielmehr aus den Rücklagen – also der Substanz erfolgen.

Und dann hatte man die Unverfrorenheit das Haushaltssicherungskonzept für einen Haushalt, für den man Mitverantwortung trägt, abzulehnen.

Wer die Verantwortung für sein Handeln nicht übernimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren, handelt per Definition unverantwortlich.

Aber auch der Kämmerer und die Verwaltung kommen Ihrer Verpflichtung nicht nach.

Nicht nur, dass Stadtverordnetenbeschlüsse zum Haushalt einfach ignoriert und die vorgegebenen Deckungsgrade nicht eingehalt werden. Auch hat die Verwaltung ihre Aufgabe nicht verstanden oder sie wird einfach ausgeblendet. Hier herrscht offenbar ein tiefes Missverständnis auf Seiten der Verwaltung.

Der Magistrat hat einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das mag auch mit drastischen Einschnitten verbunden sein. Wenn dies tatsächlich fertiggebracht ist, ist es die Aufgabe die Stadtverordneten, diesen zu prüfen, zu korrigieren und anzupassen. Und nur für diese Änderungen müssen die Stadtverordneten dann – soweit erforderlich – eine Gegenfinanzierung benennen.

Aber von dem Grundsatz, dass nur Ressourcen verteilt werden können, die man tatsächlich hat, sind wir weit entfernt und es fehlt der Verwaltung jede Idee, wie entgegensteuert werden kann, ohne Steuern und Gebühren zu erhöhen und ohne Mitarbeiter zu überlasten.

Dieses Jahr ging es aber auch politisch sogar soweit, dass außer der NEV schon keine andere Fraktion überhaupt mehr Sparanträge gestellt hat.

Wir sitzen seit einem Dreivierteljahr in einem Arbeitskreis Nachhaltigkeit und Aufgabenkritik der ursprünglich gedacht war, dass die Verwaltung Einsparpotentiale vorstellt.

Ich hatte letztes Jahr gesagt, dass die Zustimmung der NEV zum Haushalt 2023, in der Zuversicht auf die Zusage von Erkenntnisgewinn und Neuausrichtung erfolgt. Das Ergebnis nach dem fast abgelaufenen Jahr ist bislang ernüchternd.

Tatsächlich präsentiert die Verwaltung in diesem Arbeitskreis ihre Geschichte, Entwicklung und Bedeutung und erwartet eher ehrfürchtiges Staunen statt Einschnitten. Einschnitte selbst vorschlagen kam – so mein Kenntnisstand – überhaupt noch nicht vor.

Aber was wollen wir erwarten, - wenn die Verwaltung aus sich selbst heraus - und da ist nun einmal die Führungsriege gefragt - nicht in der Lage ist, ihre Struktur, ihre Strategie und ihre Herangehensweise zu ändern.

Dann wackelt in Langen der Schwanz eben weiter mit dem Hund.

Man schaue sich mal den Grundschul- und Kita-Bau Liebigstraße-Nord an. Das ist ein Leuchtturm, ein Leuchtturm vollkommenen Versagens der politischen Führung dieser Stadt und der Verwaltung.

Erst wird die Grundschule vergessen, dann wird, insbesondere auch auf unser Drängen hin, eine Fläche einkalkuliert. Damals noch unter Bürgermeister Gebhardt und dem auch damals zuständigen Ersten Stadtrat Löbig verkündete der damalige Fachbereichsleiter Weise, dass wir das Geschäft unseres Lebens machen, der Bauträger schenkt uns Erschließungsanlagen und baut uns auch noch die Kita. Alles geschenkt.

Nun, die Wirklichkeit ist: die Fläche ist so klein, dass in die Höhe und nach unten gebaut werden muss. Der Kreis wird die bislang teuerste Grundschule dort bauen und wir mit 15 Millionen € die vermutlich teuerste Kita im Kreis. Aber es wird schick und nachhaltig.

180 Kita-Plätze in Langen für Euro 15 Mio. Rodgau baut einmal 180 Plätze für 6,8 Millionen und einmal 111 Plätze (beide mit U3/Ü3) plus Hebammenpraxis und Familienzentrum für 7 Millionen.

Ich kann Ihnen sagen, dass dies eine echte Kröte für die NEV ist. Nicht weil wir die Notwendigkeit der Schaffung von Betreuungsplätzen nicht sehen würden, sondern weil alle mahnenden Worte nichts genutzt haben, dieses Baugebiet in dieser Form zu verhindern und dies der Stadt nachhängt und nachhängen wird.

Die NEV setzt sich für die Beibehaltung des Paddelteichs als Teich ein. Deswegen unterstellt man uns, unzumutbare Unterhaltungskosten für die Entschlammung von Euro 50.000 pro Jahr zu verursachen, die zudem nicht als Rückstellung im Haushalt abgebildet wären.

Das halten wir für Polemik:

Zunächst dürfen haushaltsrechtlich für Anschaffungs- und Herstellungskosten keine Rückstellung gebildet werden. Dann wird ein kürzer Entschlammungszeitraum unterstellt, als er beim Paddelteich bisher jemals angewandt wurde.

Aber selbst auf Basis dieser Unkorrektheiten: Ja, die NEV ist für den Paddelteich. Die NEV sieht auch, dass diese Variante mehr Kosten verursachen würde. Aber im Gegensatz zu anderen hat die NEV auch Anträge zur Streichung von geplanten Investitionen in Höhe mehrerer Millionen Euro gestellt und damit diese Ausgaben mehr als kompensiert.

Zum anderen wurden in den Haushalt € 150.000 eingestellt, für ein Gutachten zur Machbarkeit der Straßenbahnbindung Langens.

Ich persönlich bin durchaus ein Fan von Straßenbahnen, aber dieses Gutachten damit zu begründen, man braucht es, um faktenbasiert eine Entscheidung treffen zu können, ist aus der Sicht der NEV eine sogar besonders große und farbige Kröte.

Langen wird niemals die finanziellen Mittel von 16 bis 20 Mio € für die Umsetzung eines solchen Projektes haben, das wissen auch alle hier. Ganz zu

schweigen von deren Unterhalt. Und auch die Berliner Ampel zeigt derzeit gut sichtbar für alle, dass sie ebenfalls kein Geld hat und haben wird für solche künftigen Projekte. Es wird logistisch nachrangig und darüber hinaus einfach zu teuer sein. Aber es ist, wie mit der Liebigstraße-Nord und es erscheint geradezu albern, wenn sich hier Stadtverordnete gegenseitig versichern, sie bräuchten das Gutachten für eine faktenbasierte Entscheidung.

Lässt man jetzt die Zustimmung für den Haushalt an solch einzelnen Kröten scheitern?

Grundsätzlich nicht. Wir haben hier aber einen weiteren Faktor.

Für uns ist das nun neu abgestimmte HaSiKo mit der nunmehr erfolgten Absegnung einer Erhöhung der Gewerbesteuer um 5 Punkte eine Kröte zu viel.

Dass die Einsparung von € 10.000 beim Bora-Haus nunmehr unterbleiben soll, hätten wir hingenommen. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, dass sich CDU und FDP hier in einem Zielkonflikt befinden, wenn man in den Haushaltsanträgen erneut € 25.000 für das Familienzentrum Martin-Luther aufnimmt, hier aber einem anderen Familienzentrum € 10.000 wegspart.

Nebenbei bemerkt, wir haben im Haupt- und Finanzausschuss als einzige gegen die Zuwendung dieser € 25.000 gestimmt.

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Antrag der FDP auf Verbleib der Gewerbesteuer bei 380 Punkten mit den Stimmen der NEV und denen der CDU beschlossen.

Dass man jetzt just wieder 385 Punkte in der Haushaltssicherung vorsieht, heißt nichts anderes, als dass der Bürgermeister sich hier auf der Suche nach seinen Mehrheiten von den Grünen und ihrem Ersten Stadtrat am Nasenring durch die Manege führen lässt und das, nachdem genau die ihn eine Woche vorher haben ins offene Messer laufen lassen.

Wir haben keinen unserer Anträge nochmal in die Einzelabstimmung geholt. Wir haben der Globalabstimmung zugestimmt. Beim Haushaltssicherungskonzept haben wir verschieden abgestimmt.

Wir waren durchaus bereit, trotz den vorgenannten Mängeln dem Haushalt zuzustimmen, weil wir nach der Vorgehensweise in der letzten Woche für uns entschieden haben, dass wir unsere Bedenken hintenanstellen, damit die Stadt reibungslos weiter funktioniert.

Auch die Fraktionsmitglieder, die gegen das HaSiKo gestimmt haben, waren bereit, den Haushalt mit dem HaSiKo bei 380 Punkten mitzutragen.

Die Wiedereinbringung des HaSiKo mit der Gewerbesteuererhöhung auf 385 Punkte zeigt aber, dass Steuererhöhungen in Langen beliebig sind, aus der Schwäche heraus entschieden werden, um jemanden ins Boot zu holen, der gerade beleidigt ist.

Und das, sehr geehrte Damen und Herren, ist für uns eine rote Linie.

Die NEV wird deshalb den Haushalt ablehnen.

Ich will mich aber dennoch im Namen meiner Fraktion bei unserem Gremienmanagement und Frau Uhl für ihre gute Arbeit und ihre Geduld bedanken. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken wir uns ausdrücklich. Die kritischen Worte dieser Rede richten sich nicht gegen sie oder ihre Arbeit, sondern gegen Mängel in den Vorgaben, die alle, auch sie ausbaden. Schließlich richtet sich unser Dank in besonderer Weise auch an die Ehrenamtlichen in Vereinen und Organisationen und unsere Rettungs- und Einsatzkräfte, Sie sorgen für Highlights, Zusammenhalt, Ordnung und Sicherheit, ohne Sie alle würde unser Gemeinwesen deutlich schlechter dastehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Claudia Trippel

FWG-NEV